IPG

INTERVIEWS 16.06.2014

Afghanistan: Kabuls Lehren aus dem Irak-Debakel

Vier Antworten von Adrienne Woltersdorf, Kabul

Während am Wochenende in Afghanistan die Präsidentenstichwahl durchgeführt wurde, erschüttern islamistische Terrornetzwerke den Irak. Welche Lehren muss Kabul daraus ziehen? Hat Karzais Nachfolger überhaupt eine Chance, das Land zu stabilisieren?

Der nächste afghanische Präsident wird mit der Tatsache fertig werden müssen, dass die Schwarzseher am Hindukusch recht behalten haben: Die internationale Gemeinschaft wird ihre Truppen vorzeitig abziehen. Dabei ist längst nicht klar, ob das Land selbst die Kraft haben wird, die Taliban weiter zurückzudrängen. Das ist ein ungünstiger Start für jede neue Regierung.

Beide Präsidentschaftskandidaten, also Abdullah Abdullah und Ashraf Ghani Ahmadzai, haben angekündigt, wieder ein besseres Verhältnis zu den USA pflegen zu wollen.

Anfang Juli werden wir wissen, wer die Stichwahlen wirklich gewonnen hat. Doch beide Präsidentschaftskandidaten, also Abdullah Abdullah und Ashraf Ghani Ahmadzai, haben angekündigt, wieder ein besseres Verhältnis zu den USA pflegen zu wollen: Beide würden das Bilaterale Sicherheitsabkommen mit den USA, das Noch-Präsident Hamid Karzai nicht unterschreiben will bereits an ihrem ersten Amtstag unterzeichnen. Doch in Washington ist die Entscheidung längst gefallen. Es sieht nicht danach aus, dass Kabul das Weiße Haus wird umstimmen können.

Was den Vergleich mit dem Irak angeht, ist zunächst festzustellen, dass afghanische Politiker die herausragende Bedeutung von politischer Inklusion aller Beteiligten bislang insgesamt besser verstanden haben als Iraks Ministerpräsident Nouri al-Maliki. Denn man kann Karzai Vieles vorwerfen, aber in seinen zwölf Präsidentschaftsjahren hat er die unterschiedlichen Interessen innerhalb Afghanistans unter ethnischen Gesichtspunkten ganz

geschickt ausbalanciert. Auch die Wahlkampfteams beider Kandidaten waren ethnisch recht ausgewogen und hatten jeweils demonstrativ den Anspruch erhoben, für alle Afghanen sprechen zu wollen, egal ob Sunniten oder Schiiten.

Dessen ungeachtet, muss der künftige afghanische Präsident ein überzeugter Demokrat sein. Er wird eine Regierung auf die Beine stellen müssen, die inklusiv ist und allen einflussreichen Gruppierungen und Ethnien Mitspracherechte einräumt. Gemeinsam muss diese Regierung dann eine von der afghanischen Gesellschaft akzeptierte Strategie für den Umgang mit den Taliban finden. Keine leichte Aufgabe, aber das ist die politische Lehre aus dem Irak-Debakel, die auch in Kabul so verstanden wird.

Was bedeutet es für Afghanistan, dass die USA ab 2016 keine Truppenpräsenz am Hindukusch mehr zeigen wollen? Ist das nicht eine Wiederholung der Irak Tragödie?

Wie wir gerade im Irak sehen, sind der Zusammenhalt und die Loyalität der Armee die Voraussetzung dafür, dass ein schwacher Staat sich selbst schützen kann. Seit einem Jahr plant die afghanische Armee ihre Anti-Taliban-Operationen selbstständig und fordert nur noch punktuell internationale Unterstützung an. Bislang hat das besser funktioniert als viele Beobachter vorausgesagt hatten. Der künftige afghanische Präsident wird unbedingt sicherstellen müssen, dass die fortdauernde Finanzierung der afghanischen Armee sowie umfangreiche Trainingsmissionen durch die internationale Gemeinschaft sichergestellt bleiben. Sowohl ein Präsident Abdullah als auch ein Präsident Ghani haben gute Chancen, ein neues Kapitel in den Beziehungen zum Westen aufzuschlagen. Aber sie werden sich wesentlich mehr anstrengen müssen, denn der Westen verliert angesichts all der anderen Krisenherde rapide das Interesse an Afghanistan. Genau das aber darf nicht geschehen. Das wäre für Afghanistan und die konfliktgeladene Region insgesamt ein Debakel.

Sollten die islamistischen Terrornetzwerke, die nun in Syrien und im Irak wüten, von dort vertrieben werden und wieder Unterschlupf in den unwegsamen Gegenden des Hindukusch suchen, wird Kabul sich mittelfristig

Der Westen, das heißt auch Berlin, darf sich nichts vormachen. Sollten die islamistischen Terrornetzwerke, die nun in Syrien und im Irak wüten, von dort vertrieben werden und wieder Unterschlupf in den unwegsamen Gegenden des Hindukusch suchen, wird Kabul sich mittelfristig nicht selbst helfen können. Das ist eine ganz reale Angst der Afghanen. In deren Augen sind die Taliban längst nicht mehr das herausragende Problem, da sie kaum Rückhalt in der Bevölkerung haben.

nicht selbst helfen können.

Anders als im Irak, wo nun sunnitische Extremisten die schiitische Bevölkerung terrorisieren, bekämpfen die Taliban nicht die schiitische Minderheit der Hazara. Sie gehen gegen NATO-Truppen und Vertreter der afghanischen Regierung vor. Gefährlich wird es dann, wenn die Taliban, trotz ihrer schlechten Erfahrungen mit al-Qaeda, Interesse an ISIS' Großmachtphantasien eines Kalifats vom Mittelmeer bis Zentralasien entwickeln.

Die Wahlen wurden vornehmlich in Eigenregie organisiert und verliefen weitgehend friedlich und erfolgreich, aber nicht fehler- und pannenfrei. Wie groß ist die Hypothek der Wahlen 2014?

Was den ersten Wahlgang betrifft, ist keines der Doomsday-Szenarien eingetreten.

Man kann sagen, dass die Wahlen im Verhältnis zu den sie begleitenden Befürchtungen überaus erfolgreich waren.

Weder wurde in gigantischem Ausmaß gefälscht, noch haben die Fraktionen sich mit Waffen bekämpft oder Taliban maßgeblich den Wahlprozess gestört. Also kann man sagen, dass die Wahlen im Verhältnis zu den sie begleitenden Befürchtungen überaus erfolgreich waren. Die hohe Wahlbeteiligung von rund sieben Millionen Wählenden hat der Welt zudem deutlich gemacht, dass die Menschen trotz großer Herausforderungen die Demokratie wollen. Natürlich hat es Wahlbetrug und leider auch Tote gegeben, gleichzeitig wurde klar, dass es den Taliban nicht gelungen ist, die Wahl zu behindern. Im Gegenteil. Vor allem der erste Wahlgang am 5. April war geradezu eine Abstimmung mit Füßen gegen die Taliban. Die Menschen gingen aus Trotz gegen deren Drohungen zur Wahl.

Wahr ist aber auch, dass der schwierigste Teil des ganzen Wahlprozesses den Afghanen nun bevorsteht. Beide Kandidaten liegen wohl dicht an dicht, es gibt hartnäckige Gerüchte, die besagen, dass Ghani gewonnen habe. Da der afghanische Auszählungsprozess sehr langwierig ist, eben weil die Behörden ihn möglichst transparent gestalten und alle Betrugsvorwürfe aufklären wollen, wird im ungünstigsten Fall erst am 22. Juli, so der offizielle Terminplan, bekannt gegeben, wer wirklich gewonnen hat. Erste Zwischenergebnisse soll es bereits am 2. Juli geben. Viele befürchten – und es gibt ernstzunehmende Anzeichen hierfür – dass keiner der

beiden Kandidaten ein guter Verlierer sein wird.

Wie stark ausgeprägt ist das Konfliktpotenzial zwischen den Ethnien bei diesen Wahlen und welche Rolle wird das spielen?

Abdullah Abdullah, Sohn eines paschtunischen Vaters und einer tadschikischen Mutter, hat im Grunde genommen seit Jahren kein anderes persönliches Ziel als Präsident zu werden. Hinter ihm, der wegen seiner politischen Vita als Tadschike gilt, stehen die mächtigen Mujaheddin des Nordens. Die haben das dringende Gefühl, es sei Zeit für einen Machtwechsel von Paschtunen zu Tadschiken. Die Unterstützer des Paschtunen Ashraf Ghani sind vehement davon überzeugt, dass nur er, als Macher und Ökonom, das Land in eine bessere Zukunft führen kann. Hinter ihm haben sich alle einflussreichen Paschtunen versammelt. Die erheben, quasi historisch gewachsen, den Führungsanspruch in Afghanistan. Das heißt, der Verlierer hat wirklich viel zu verlieren. Problematisch wird es vor allem dann, wenn das Verlierer-Lager mit dem Feuer spielt und die ethnische Karte ausspielt. Bislang verhielten sich die Kandidaten in dieser Hinsicht recht verantwortungsvoll, aber die Temperaturen steigen.

Da auch bei der Stichwahl mit nicht unerheblichem Wahlbetrug gerechnet wird, befürchten viele, dass genau diese Pannen „Legitimitätsschlaglöcher“ schaffen. Die würden jede künftige Regierung nur losrumpeln, aber nicht durchstarten lassen. Sie böten eine Menge Zündstoff für Opfer- und Verschwörungstheorien und Massenunmut. Afghanistans Problem ist, dass sich in dieser Wahl sehr viele Übergangsprozesse gleichzeitig bündeln. Von der Ära Karzai, die von der internationalen Gemeinschaft anfänglich gestaltet und lange dominiert wurde hin zu plötzlicher umfangreicher Selbstbestimmung. Möglicherweise ein Übergang von Paschtunen- zu Tadschikenherrschaft. Oder mindestens ein innerpaschtunischer Stabwechsel von Durranis zu Ghilzais, was in beiden Fällen einer historischen Zäsur gleich käme. Vom NATO-ISAF-Status zur vollen de-facto-Souveränität. Von massiver internationaler Präsenz zu deutlich nachlassendem Interesse des Westens. Von einer täuschend sprudelnden Besatzer-Ökonomie hin zu einer Implosion des Arbeits- und Investitionsmarktes.

Jede einzelne dieser Transitionen bietet in sich schon enormen politischen und sozialen Sprengstoff. Da liegt es leider nahe, dass politische Gruppierungen den leicht zu erregenden Unmut für sich zu instrumentalisieren suchen – und zwar nicht nur bis zum Tage der Vereidigung der neuen Regierung, sondern auch über die kommenden Jahre hinweg. Die Menschen in Afghanistan haben ihren Beitrag für eine bessere Zukunft geleistet. Nun liegt alle Verantwortung für

Afghanistans Zukunft bei den Kandidaten und den sie umgebenden politischen Eliten.



Adrienne Woltersdorf
Paris

Adrienne Woltersdorf leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris. Sie war Leiterin der Stabsstelle Kommunikation der FES und des Büros für Regionale Kooperation in Asien mit Sitz in Singapur sowie des FES-Büros in Afghanistan. Vorher hatte sie acht Jahre lang für die *taz* aus Washington und Berlin berichtet.

2 LESERBRIEFE

Dietrich Kaldewei schrieb am 20.06.2014

Frau Woltersdorf schreibt leider so gut wie nichts über die Aussichten für die Entwicklung der Wirtschaft in Afghanistan: ihre einzige, pessimistische Aussage zu diesem Thema, 'auf die täuschend sprudelnde Besatzer-Ökonomie <wird> die Implosion des Arbeits- und Investitionsmarktes <folgen>', ist allzu dürftig und wird nicht mit Fakten belegt. Afghanistan ist ein großes Land mit in den verschiedenen Provinzen höchst unterschiedlichen Bedingungen für die

Lebensverhältnisse der Bevölkerung. Wo sind Informationen zu finden zum Bildungswesen, zur Gesundheitsversorgung, zur Lage der Landwirtschaft, wie steht es um die Zukunft der Programme zur Bekämpfung der Drogenproduktion, welche Chancen für die Entwicklung von industriellen Arbeitsplätzen bestehen? Wird das Land in Armut und Elend versinken? Ein ergänzender Artikel wäre dringend wünschenswert!

Adrienne Woltersdorf schrieb am 22.06.2014

Lieber Herr Kaldewei, vielen Dank für Ihre Nachfragen. Mit dem Thema der künftigen Wirtschaftsentwicklung Afghanistans befassen wir uns hier in Kabul natürlich auch, zBsp arbeitet FES als einzige intern. Organisation mit den afgh Gewerkschaften, um mit ihnen eine starke Lobby für bessere Arbeitsverhältnisse, faire Löhne und bessere Arbeitsmarktpolitik entwickeln zu können. Im Moment hägt jedoch leider alles von Ausgang der Präsdientschaftswahlen ab. Beide Kandidaten hatten recht unterschiedliche Ansätze für eine künftige Wirtschaftspolitik, von daher ist dazu gegenwärtig - noch - nicht viel zu sagen. Ich werde jedoch bestimmt weiterhin die Chance nutzen, auf ipg dazu Stellung zu

nehmen, da wir die neue Regierung in dieser Hinsicht natürlich kritisch begleiten wollen, beste Grüsse AW